

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. August 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk. ...
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 2 mm breite ...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33 42
Druck u. Verlag von **Vietrich & Reichardt** in Dresden
Vollständigkeitskonto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachrichten“ ist die einzige Unparteiliche Zeitung in Dresden. Unparteiliche Schriftführer werden nicht aufbewahrt.

Poincaré will Sicherheit gegen England.

Das entwaffnete Deutschland ein leerer Vorwand für den französischen Schrei nach Sicherheit. Amerikas Anschauung vom europäischen Schuldenproblem. — Coolidge für Vertagung der Drei-Mächte-Konferenz auf unbestimmte Zeit.

Poincaré hat die weltpolitische Lage erfasst.

Gen., 2. August. In sehr beachtenswerter Weise beschäftigt sich die „Lobtringer Volkszeitung“ mit der von Poincaré betriebenen Außenpolitik. Wenn in Frankreich ein ernstlich Sicheres gegen das entwaffnete Deutschland verlangt werden würde, würde der Mächtigkeit des französischen Heeres und der französischen Marine ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt werden. Italien könne Frankreich nur in Verbindung mit England eine Gefahr werden. Italien werde sich allein aus eigener Kraft nie erheben, mit Frankreich ein Spiel mit den Waffen zu wagen. Frankreichs Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent sei auf dem Lande und in der Luft gesichert dagegen lasse keine Ausrichtung zur See im Vergleich zu derjenigen Englands noch sehr viel zu wünschen übrig. Hinter den Kulissen seien Frankreich und England lange nicht die engen Freunde, als die sie nach außen erscheinen, denn England besitze die stärkste Flotte der Welt. Wenn Poincaré die Sicherheit gegen Deutschland betone, so liege sehr stark die Vermutung nahe, daß er die durch einen weiteren Ausbau der französischen Flotte notwendige Sicherung gegen England meine. Poincaré habe die weltpolitische Lage im Augenblick des Kampfes zwischen den Vereinigten Staaten und England um die Welt Herrschaft richtig erfasst, denn er aus Mistranken gegen Frankreichs englische Freunde auf den Ausbau der französischen Flotte bedacht sei.

Abbruch der Erörterung über Orchies.

Berlin, 2. August. Die Reichsregierung hält die von dem französischen Ministerpräsidenten aufgezwungene Er-

Erörterung über Orchies für abgeschlossen.

örterung über Orchies für abgeschlossen, da die von uns der Öffentlichkeit übergebenen amtlichen Dokumente durch keine der inwärtigen in Frankreich erstirbenden Auslassungen irgendwie erschüttert oder entwertet, im Gegenteil in wesentlichen Punkten bestätigt worden sind. (W. T. B.)

Die Unglücksfälle der englischen Luftflotte.

Einschlag einer Untersuchungskommission gefordert.
London, 2. August. Die „Daily Mail“ verlangt aus Anlaß des 40. tödlichen Unglücksfalles, der sich in diesem Jahre in der englischen Kriegsluftflotte ereignet hat, die Einsetzung einer vom Luftministerium unabhängigen Untersuchungskommission. Das Blatt begründet seine Forderung mit dem Hinweis, daß in der Zivilluftfahrt wesentlich niedrigere Unfallzahlen zu verzeichnen seien und weist dabei darauf hin, daß die Deutsche Luftflotte im vergangenen Jahre nur einen tödlichen Unfall bei vier Millionen zurückgelegten Flugkilometern hatte.

Schweres Fesselballon-Unglück in Frankreich.

Paris, 2. August. Wie die „Humanité“ mitteilt, kam es infolge der Sorglosigkeit der Militärbehörden und der Unfähigkeit eines Offiziers bei Wandern mit einem Fesselballon zu einem schweren Unfall bei Besançon. Dasselbe wurden 15 Reservisten verletzt. Drei mußten in hoffnungslosem Zustande in das Hospital übergeführt werden. Die Reservisten sollen die weitere Teilnahme an den Wandern verweigern. Unter ihnen und der Zivilbevölkerung herrscht große Erregung.

Coolidge für Vertagung der Seemächte-Konferenz.

New York, 2. August. Der amerikanische Staatssekretär, Kellogg, wird entgegen den ursprünglich geäußerten Ansichten, nunmehr doch mit dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin zusammenzutreffen, und zwar in Buffalo am kommenden Sonntag anläßlich der Einweihung der sogenannten Friedensbrücke. Wie hierzu aus Rapid-City gemeldet wird, hat Coolidge jedoch sich dahin entschieden, daß anläßlich dieses Zusammenkommens jedenfalls Kellogg die Frage der Seecapazität seinerseits nicht aufzurollen wird. Er hat erklärt lassen, daß er eine Vertagung der Seecapazität-Konferenz auf unbestimmte Zeit einem offenen Zusammenbruch der Konferenz in der Plenarsitzung am kommenden Donnerstag vorzuziehen würde und hat entsprechende Anweisungen nach Genf gehen lassen. — England beabsichtigt, noch ein weiteres Mal neue Vorschläge zur Vertagung der bestehenden Schwierigkeiten zu machen. (T. U.)

Die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Genf, 2. August. Heute vormittag wurden die Verhandlungen zwischen den Delegierten der Seecapazität-Konferenz auf die Initiative der japanischen Delegierten wieder aufgenommen, ohne daß sich die Lage hierdurch geändert hat. Die führenden japanischen Delegationsmitglieder hätten den amerikanischen Delegierten einen längeren Besuch ab, worauf sich die Japaner zu den englischen Delegierten begaben, mit denen sie eine längere Unterredung führten. Ueber den Inhalt dieser Besprechungen wird allgemein größtes Stillschweigen bewahrt. Man weiß jedoch in Konferenzkreisen auf das besondere Interesse Japans hin, zu einem Flottenabrüstungsabkommen zu gelangen, das die Linien für den künftigen Schiffsbau der amerikanischen Flotte festlegt. Große Bedeutung wird in Konferenzkreisen der gezeigten Unterredung zwischen dem englischen Vizekonsul in Washington, Howard, und Staatssekretär Kellogg beigemessen, über die jedoch bei den Delegierten noch keinerlei nähere Berichte vorliegen. Der englische Admiral Jellicoe, der am Sonntag nach London gereist ist, wird am Mittwochvormittag hier zurück erwartet. Nach den bisherigen Dispositionen soll dann am Donnerstag nachmittags die ursprüngliche für Montag vorgesehene Vollendung der Konferenz stattfinden. Ob sie tatsächlich abgehalten wird, hängt von der Stellungnahme der amerikanischen Regierung, sowie von den Verhandlungen zwischen den Delegierten ab.

Der Dawes-Plan hemmt die deutsche Wirtschaft.

Ein weiteres amerikanisches Urteil.

New York, 2. August. Der Professor der Stanford-Universität Dr. Davis in Williamstown hat in einer öffentlichen Rede sich mit der Regelung der Reparationsleistungen befaßt, in der er erklärte, daß die Einbringung von Reparationszahlungen über der Eingang von Zinsleistungen weit weniger wichtiger seien, als eine Regelung von Erzeugung und Verbrauch im Wirtschaftsleben. Die Verhandlung, die die deutschen Reparationsleistungen gestalten sollten, sei voll tragischer Fehler und Irrtümer gewesen, die der Rückkehr zu einem wirklichen Frieden ernstlich im Wege ständen. Die verkehrte Behandlungsmethode hätte der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt und das Problem der Erholung und des Wiederanbaus in Industrie, Landwirtschaft und Handel verkompliziert. Das Opfer eines Teils der vertraglichen Ansprüche, führte der Redner aus, kann sich als weit weniger folgenreich erweisen, als ein Versuch, die vollen vertraglichen Forderungen beizutreiben. Die Zahlungsbedingungen, d. h. die jährlich aufzubringende Leistung und Erleichterung usw. Erörterung der Zahlungsbedingungen sind weit wichtiger als der nominelle Schuldbetrag.

den Lösung des Schuldenproblems kommen sollte. Das Haupthindernis für eine gerechte und endgültige Regelung sei die Unkenntnis des amerikanischen Volkes über alles, was die Außenpolitik, insbesondere die europäischen Dinge angehe. Gortmann kommt zu dem Schluss, daß Frankreich abwarten müsse. Ein Teil der Amerikaner sei auch der Ansicht, daß es besser sei, daß dieses Abkommen durch das französische Parlament nicht vor den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen ratifiziert werde. Wenn die Republikaner überzeugt seien, daß Frankreich nicht ratifizieren werde, würde das neue Abkommen eine Plattform für die Wahlkampagne werden, die im Juni 1928 beginne.

Das Interview Reinholds über den Dawes-Plan.

New York, 1. Aug. „Associated Press“ veröffentlicht heute eine Berichtigung zu dem von ihr gestern mitgeteilten Interview mit dem früheren deutschen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, da Reinhold teilweise falsch zitiert worden sei. Reinhold habe nicht seine Zweifel ausgedrückt, daß Deutschland imstande sein werde, die Zahlungen nach dem Dawes-Plan zu leisten, sondern er habe erklärt, angesichts der mangelnden Gewissheit über die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen lehne er es ab, irgendwelche Prophezeiungen bezüglich der Zukunft einer derartig riesigen Finanzoperation zu machen. (W. T. B.)

Rückgang des Bankdiskonts in Wallstreet?

Berlin, 2. August. An der Berliner Börse waren heute Gerüchte verbreitet, wonach man in Wallstreet eine baldige Diskontermäßigung der Federal Reservebank erwartet. Diese Maßnahme wäre nicht nur für den Markt der deutschen Anleihen in Amerika wichtig, sondern würde voraussichtlich die Befürchtung einer Erhöhung der englischen Bankrate und als Folge auch des deutschen Reichsbankdiskonts zunächst beseitigen.

Neues amerikanisches Bauangebot an Berlin.

Berlin, 1. August. Mitchell Liebenson, der Vizepräsident der New Yorker Vista Building Corporation, erklärte einem Pressevertreter, daß seine Gesellschaft dem deutschen Reichsministerium des Innern per Kabel Vorschläge über ein Hausfinanzierungsprojekt übermittelt habe. Nach diesen Plänen könnten 60 000 deutsche Familien innerhalb einer Zeit von zwei bis drei Jahren mit modernen Wohnungen versehen werden. Der Plan sehe als notwendigen Kapitalbetrag etwa 150 Millionen Dollar vor, nämlich 100 Millionen Dollar sechsprozentige erstklassig hypothekariert gesicherte Schuldverschreibungen, welche in den Vereinigten Staaten untergebracht werden könnten und in 33 Jahren tilgbar sein könnten, sowie eine zweite Hypothek mit achtprozentiger Verzinsung, die in Deutschland untergebracht wird und binnen 15 Jahren tilgbar ist.

Berlin, 2. August. Es hat einiges Aufsehen erregt, daß von einer amerikanischen Firma ein Bauprojekt für 60 000 Wohnungen in Reichsarbeitministerium geprüft. (W. T. B.)

Ein „Flottenbauferien“ als Verlegenheitslösung erwogen.

London, 2. August. „Times“ meldet aus Washington: In verantwortlichen Kreisen wird der Gedanke erörtert, einige der unerwünschten Folgen des Genfer Abkommens durch eine Art „Flottenbauferien“ zu beseitigen. Nach allgemeiner Auffassung in Washington ist der Gedanke der Prüfung wert, erscheint aber nicht als geeignet, in einem Vertrag niedergelegt zu werden. Ferner könnte der Ausdruck „Flottenbauferien“ nicht auf die Vereinigten Staaten angewendet werden, die auf jeden Fall zu einem Bauprogramm verpflichtet seien. Es würde daher nicht anders möglich sein, als daß die britische Regierung mitteilen würde, daß sie nicht über eine bestimmte Periode hinaus ihre Seemacht vergrößern würde, gegen eine entsprechende amerikanische Forderung, daß Amerika nicht über eine bestimmte Flottenstärke hinaus bauen werde. Dies würde aber keine rechtlich bindende Abmachung sein. Der Korrespondent sagt noch: Wenn die britische Regierung eine solche Erklärung möglich finden wollte, dann würde die Wirkung auf die amerikanische öffentliche Meinung günstig sein, und dies würde bestimmt einen mächtigen Einfluß auf den Kongreß ausüben.

Japans Vermittlungsversuche umsonst.

Genf, 2. August. Der japanische Delegierte in Genf, Fuchi, hat heute nach der englischen Delegation mitgeteilt, daß alle seine privatim unternommenen Vermittlungsversuche zwischen England und Amerika völlig gescheitert seien.

Besuch König Geitals in London.

Aufnahmeforschung des Irakgebietes in den Völkerbund?
London, 2. August. Wie dem „Daily Express“ aus Bagdad berichtet wird, wird König Geital von Mesopotamien in Kürze London besuchen, wobei Fragen von höchster Bedeutung besprochen werden sollen.

In der vergangenen Woche teilte der Unterstaatssekretär für Kolonien im Unterhaus mit, daß das Irakgebiet nunmehr einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen wolle.

Neues Abkommen über die osmanische Schuld.

London, 2. August. Wie der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel an amtlicher Stelle erfährt, ist über die Frage der osmanischen Schuld eine Einigung erzielt worden. Der Coupdienst soll wieder aufgenommen werden. Der Besuch des türkischen Finanzministers Abdül Halik-Bei in Paris scheint die Verhandlungen, die seit vielen Jahren im Gange waren, beschleunigt zu haben. (T. U.)

Amerikas Meinung vom Schuldenproblem.

„Psychopathologisch“ nach Ansicht eines Mediziners.
Paris, 2. August. Der vom Unterrichtsministerium mit der Mission, die intellektuellen Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich enger zu gestalten, betraute Professor Gortmann an der medizinischen Fakultät von Bordeaux schildert dem „Journal“ gegenüber seine Einblicke über die Meinung des amerikanischen Volkes zum Schuldenproblem. Er erklärte hierbei u. a., daß seit einem Jahre eine intellektuelle Bewegung zugunsten der Schuldentilgung im Gange sei, die allerdings bis jetzt wenig Einfluß auf die öffentliche Meinung gehabt habe. Wenn auch die amerikanischen Intellektuellen Anhänger für eine Revision seien, so bleiben sie doch überzeugt, daß diese Revision nur möglich wäre, wenn Frankreich das Mellon-Verzinsungsabkommen ratifiziert habe.

Diese Unlogik entspräche der amerikanischen Psychologie, eines Dankebrevolles, das seit dem Waffenstillstand sich nur noch mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigten wolle. Dieser besonderen Psychopathologie müsse man in Frankreich Rechnung tragen, wenn man zu einer dauer-